

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Anzeigenstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung nach die Posten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich 30 Mk. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abbestellen und anfordern kann man zu jeder Zeit bei der Geschäftsstelle. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Post bezahlt.

Wagenpreis: Die 4spaltige Nummer 20 Goldpreußig, die 4spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpreußig, die 2spaltige Reklamagesamte im zeitlichen Teile 100 Goldpreußig. Nachwechungsgebühr 20 Goldpreußig. Sonstige und Gelegenheitsarbeiten nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Nr. 264. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, 13. November 1925

Gegen Borgwirtschaft.

In den nächsten Tagen wird sich der deutsche Reichspräsident Dr. Schacht von Newyork zur Rückkehr nach Deutschland einschiffen nach längerem Aufenthalt in Amerika und nach zahlreichen Konferenzen mit den Vertretern der amerikanischen Großfinanz. Man hat in seine Reise viel hineingeheimnist, hat mit bedeutungsvollem Augenzwinkern erzählt, er wolle mit der amerikanischen Welt wegen eines Weltfinanzpakt verhandeln. Das wird jetzt durch Dr. Schacht sehr energisch dementiert. Aber über etwas anderes hat er mit den amerikanischen Bankiers verhandelt, nämlich über die Durchführung des Dawes-Planes. Der Vorsitzende der Reparationskommission ist ja selbst Amerikaner und die Weltfinanz hat nicht so sehr Interesse daran, daß die deutschen Zahlungen geleistet werden, sondern weit mehr daran, wie sie geleistet werden. Also an der schwierigen Frage einer solchen Umrechnung unserer Zahlungen, daß dadurch eine Erschütterung nicht bloß der deutschen, sondern auch der ausländischen Währung jener Länder verhindert werden soll, an die wir Zahlungen zu leisten haben. Amtlich wurde deutscherseits mitgeteilt, daß Dr. Schacht über eine Abänderung des Dawes-Planes nicht verhandelt habe, was von Amerika aus bestätigt wurde. Witherin sei auch keine Konferenz für solchen Zweck vorgeschlagen worden, wie französische Zeitungen wissen wollen. Vielleicht wird man das bedauern, weil die Beurteilung des Dawes-Planes und seine Durchführungsmöglichkeit wohl überall einer etwas nüchternen Beurteilung Platz gemacht hat als in seiner Jugend Valentagen.

Statt dessen hat aber Dr. Schacht bei einem Abschiedsbesuch der amerikanischen Presse auf die wirtschaftlichen und vor allem auf die kreditpolitischen Schwierigkeiten hingewiesen, in denen sich Deutschland zurzeit befindet. Flüssige Guthaben sind nicht mehr in unserem Besitz, unser einziges Kapital ist unsere Arbeitskraft als Grundlage für den Kredit, den wir vom Auslande erbitten müssen. Jegendeine Gefahr für die deutsche Währung bestehe nicht, namentlich infolge der starken Stellung, die die Deutsche Reichsbank über die ganze Kreditpolitik besitzt. Bekanntlich hat Dr. Schacht — und darauf wies er auch in diesen Ausführungen hin — sich sehr scharf gegen die Borgwirtschaft von Ländern und namentlich von Gemeinden ausgesprochen. Während er hinsichtlich der Kreditpolitik der deutschen Landwirtschaft und Industrie gegenüber ausländischen Geldgebern von einer Kontrolle nichts wissen will, hat er noch vor seiner Abreise nach Amerika scharfe Krediturückhaltung den Anleihehergebern der Gemeinden gegenüber angeordnet, wie ja auch das Reichsfinanzministerium den zahlreichen Versuchen, die Genehmigung von Anleihen zu erhalten, in scharfer Form entgegengetreten ist.

Wenige Tage vor seinem Rücktritt hatte übrigens der Reichsfinanzminister von Schlieben die Vertreter der deutschen Kommunen und der Kommunalverbände gerade für den Zweck zusammengerufen, um ihnen klarzumachen, daß die bisherige Borgwirtschaft nicht mehr so weiter gehe. Das Wort von den in das Straßensystem gesteckten Millionenanleihen ist ja schon bekanntgeworden. Seit einiger Zeit sind diese Kommunalanleihen genehmigungspflichtig durch eine besondere Anstaltsstelle, die sich gegenüber den Wünschen der Kommunen sehr hartnäckig erweist, weil das Reichsfinanzministerium in einem Rundschreiben feststellen mußte, daß die Anleihegesuche der Gemeinden zwei Voraussetzungen zur Genehmigung allzu oft vermissen lassen: die Sicherheit, daß das ausgenommene Geld zu werben angelegt wird, und den Beweis der Notwendigkeit, und zwar der dringenden Notwendigkeit. Dabei entwickeln manche Kommunen über den Begriff der Rentabilität jener Betriebe, in die Anleihegelder hineingesteckt oder die durch sie erst neu gegründet werden sollen, überaus merkwürdige Ansichten. Häufig erzählt man diese Rentabilität nur durch steuerliche oder wirtschaftliche Bevorzugungen, wobei der Monopolcharakter des Betriebes die einzige Stütze der Rentabilität ist, die damit auf Kosten der Steuerzahler erzwingen wird. Es ist eben manchen Kommunen immer noch nicht klar, daß man ein Defizit der laufenden Einnahmen nicht einfach durch eine Anleihe decken darf.

Übermäßige Kreditinanspruchnahme für öffentliche Zwecke bedeutet eine große Gefahr für die Kreditbedürfnisse der Privatwirtschaft, weil einmal die Kreditbedürfnisse im allgemeinen verknüpft, die Bedingungen verschärft werden, und zum anderen der überhaupt in weit geringerem Maße zur Verfügung stehende, gerade aber unserer Wirtschaft besonders notwendige langfristige Kredit überfordert wird. Auch jetzt wieder unterstreicht Dr. Schacht, daß derartige Anleihen durch Länder und Gemeinden selbstverständlich nur für produktive, aber auch nur für wichtigste Zwecke aufgenommen werden sollen.

Dem Ausland braucht um das Geld, das es uns geben hat, nicht bange zu sein; denn deutscher Unternehmungs- und Erfindungsgeist sind nicht erloschen. Vor allem aber haben wir den Ruin nicht verloren. So schloß Dr. Schacht seine Ausführungen, und die deutsche Wirtschaft wird dafür sorgen, daß er recht behält.

Die deutsche Antwort an die Alliierten.

Erwiderung auf die Entwaffnungsnote

Berlin, 11. November.

Die deutsche Antwort auf die letzte Entwaffnungsnote der Vorkonferenz wurde telegraphisch nach Paris mitgeteilt und vom deutschen Vorkonferenzmitglied an den Außenminister Brand überreicht. Die Veröffentlichung des Notenwechsels soll nicht erfolgen, ehe nicht die Verhandlungen vollständig abgeschlossen sind. Die gestern versammelt gewesenen deutschen Länderminister stimmten vollständig überein mit der Auffassung der Reichsregierung. Die Erklärungen der Alliierten über die angeblich unmittelbar bevorstehenden Rückwirkungen resp. Erleichterungen des Besatzungsregimes sollen alsbald zu erwarten sein. Voraussetzlich dürften sie in der Form erfolgen, daß die Vorkonferenz im Auftrag ihrer Regierungen bei der Reichsregierung einen Schritt unternehmen, durch den die Mitteilung über die Rückwirkungen offiziell erfolgt. In unterrichteten Kreisen wird dieser Besuch als wahrscheinlich für Donnerstag erwartet. Reichskanzler Dr. Luther wird heute abend eine politische Rede vor den versammelten Berliner Industriellen und Kaufleuten halten.

Die Londoner „Westminster Gazette“ teilt mit, daß sofort nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages das Rheinlandabkommen wieder in Kraft gesetzt und die Besetzung wieder einen rein militärischen Charakter erhalten würde. Aber 300 Verordnungen der Besatzungsbehörden sollen aufgehoben sowie eine vollständige Amnestie gewährt und der ungeschörte Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet wiederhergestellt werden.

Aus dem Inhalt der Antwort.

Da der Text der deutschen Antwort nicht veröffentlicht ist, bleibt man vorläufig auf laut werdende Angaben angewiesen, die keinen Anspruch auf unbedingte Richtigkeit haben. Es soll in dem deutschen Schriftstück zur Frage der Schnypolizei der Vorschlag gemacht worden sein, für die deutschen Großstädte die polizeiliche Kasernierung beizubehalten. Um den von den Alliierten behaupteten Militärcharakter der Polizei zu beseitigen, werde die Umbenennung verschiedener Dienstgrade sowie eine Umformung der Exerziten zugesprochen. Der von den Alliierten geforderte Neuordnung der Befugnisse des Generals von Seekt soll man dadurch entsprechen lassen, daß man die Stelle des Chefs der Heeresleitung aufhebt. Dafür würde der dienstälteste Offizier in der Reichswehr gewisse größere Befugnisse erhalten. Im übrigen haben aber die von der Vorkonferenz zur Erörterung gestellten drei Hauptpunkte sehr eingehende Beratungen mit den alliierten Vertretern in Berlin stattgefunden, so daß man annehmen kann, daß der deutschen Antwort nur noch formale Bedeutung zukomme.

Zur Ueberreichung der deutschen Antwortnote.

Paris, 12. November. Vorkonferenz v. Hoehls hatte anschließend an die Ueberreichung der Antwortnote eine kurze Unterredung mit Briand. Auf französischer Seite begünstigt man sich mit der Feststellung, daß die Note ein ziemlich umfangreiches Dokument sei. Ueber den Eindruck wird vorläufig noch nichts gesagt, doch scheint er nicht ungünstig zu sein.

Bekanntgabe der Rückwirkungen.

Berlin, 12. November. Wie die „Tägl. Rundschau“ mitteilt, erwartet man die Bekanntgabe der Rückwirkungen gleichzeitig mit der Note der Vorkonferenz, die den endgültigen Beschluß in der Namensfrage enthält, und zwar am Montag, vielleicht auch schon am Sonntag. Die Bekanntgabe wird, wie die „Tägl. Rundschau“ weiter meldet, auf dem Wege einer diplo-

Hindenburgs Besuch in Stuttgart.

Begeisterter Empfang durch die Bevölkerung. Reichspräsident v. Hindenburg ist Mittwoch vormittag mit dem Berliner Schnellzuge zum Besuch der württembergischen Regierung in Stuttgart eingetroffen. Zu seinem Empfang hatten sich auf dem mit Fahnen reich geschmückten Bahnsteig neben Staatspräsident Bawille zahlreiche führende Persönlichkeiten Württembergs eingefunden. Als der Reichspräsident, der sich in Begleitung des württembergischen Gesandten in Berlin, Boller, sowie des Staatssekretärs Dr. Meißner und des Majors von Hindenburg befand, dem Salonwagen entstieg, wurde er vom Staatspräsidenten Bawille auf das herzlichste begrüßt, worauf der Reichspräsident auch den übrigen zum Empfang erschienenen Herren die Hand drückte. Beim Verlassen des Bahnhofes ertönten von den benachbarten Bahnhöfen patriotische Hochrufe. Der Reichspräsident schritt dann unter den Klängen

matischen Note geschehen. Es sei anzunehmen, daß das Reichskabinet sofort dazu Stellung nehmen werde.

Erklärung zu Locarno.

Berlin, 11. November.

Zur Stellung der Deutschenationalen Volkspartei zu den Verhandlungen der Reichsregierung wegen des Vertrages von Locarno erlassen eine Anzahl hauptsächlich aus altkonserverativen und großindustriellen Kreisen stammender Männer eine Erklärung, in der es heißt:

Wir sehen in dem Bestreben der deutschen Reichsregierung den Versuch, das Zusammenwirken Deutschlands mit den anderen europäischen Mächten auf der Grundlage der Gleichberechtigung sicherzustellen. Wir erachten es mit der Reichsregierung als selbstverständlich, daß ein wirklich dauernder Friedensstand sich auswirken muß in friedlichen Verhältnissen im Rheinland und in einer Änderung des dortigen Regimes, in einem Aufheben jener Zustände, die den Begriff der persönlichen Freiheit im Rheinland illusorisch gemacht haben. Die Reichsregierung hat eine Entscheidung der Parteien bis zur Stunde nicht gefordert. Sie hat selbst darauf hingewiesen, daß sie diese Entscheidung erst treffen könne, wenn sie in der Lage sei, die Rückwirkungen auf das Rheinland zu überblicken. Gegenüber dieser Klarstellung ist es uns unverständlich, daß die Deutschenationale Volkspartei, ehe der gesamte Tabakstand überhaupt zur Beurteilung reif ist, gegen Locarno Stellung genommen hat und aus dem Kabinet ausgeschieden ist. Dieses Ausschneiden einer großen Partei, hinter der viele Millionen deutscher Wähler stehen, ist angetan, uns außerpolitisch schwer zu schädigen und innerpolitisch eine Bewegung anzubahnen, die nicht im Sinne staatsbehaltender Parteien liegen kann. Wir halten uns daher für verpflichtet, vor der deutschen Öffentlichkeit zu erklären, daß es die Pflicht aller staatsbehaltenden Kräfte in Deutschland ist, die Regierung bei ihrem schweren Werk zu unterstützen, und wir fordern alle unabhängigen Persönlichkeiten auf, unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zur Deutschenationalen Volkspartei, dies zu tun und nicht an die Stelle der Führung des Reiches durch Verantwortlichen Mehrheitsbeschlüsse von Parteiführern zu stellen. Wir halten uns vor dem Vaterland für verpflichtet, diese unsere Anschauung durch unsere Unterschrift zu bekunden.

Die Erklärung ist aus Berlin, 10. November datiert und unterschrieben von: Dr. G. Aufschläger, Hamburg; Werner von Alvensleben, Berlin; Graf Klaus Bismarck; Garzin, Freiherr von Gramm-Brüggen, Hannover; Graf Ernst Graf von Hohenholz, Fürst zu Fürstenberg, Donaueschingen; Graf Gehler-Schoffschütz, Graf Wilhelm Gehler, Karl Daniel, Düsseldorf; Vorsitzender des A. R. der Gute-Hoffnungshütte, Christian Krafft Fürst zu Hohenlohe, v. Laffert-Garlich, Graf M. Lehnhorff, Pöhl, S. v. Radowicz, Klein-Jungersheim, Hugo Freiherr von Reichach, Wirkl. Geh. Rat, Berlin; Kommerzienrat Dr. Paul Reusch, Generaldirektor der Gute-Hoffnungshütte, Auel; Graf Sprei, Berlin; Raban v. Zelle-Windler, Lebbin; Wirkl. Geh. Rat v. Valentini, Hameln; C. Wenzel, Teutchenthal; Graf Lubbert v. Westphalen, Berlin; v. Zige- witz, Weibern.

Gärung in der spanischen Armee.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 12. November. Der „Temps“ macht neue Angaben über die Militärevolte gegen das spanische Direktorium. Es scheint danach, daß die Bewegung großen Umfang angenommen hat, da auch in letzter Stunde wieder zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Neue Verhaftungen stehen sowohl in der Provinz wie auch in Madrid bevor. Man hat in Paris den Eindruck, schreibt der „Temps“, daß es sich nicht um vereinzelte Umstürze eines Teiles der Offiziere der Garnison von Madrid, sondern um eine politische Bewegung handelt. Die Verhaftungen wurden von Polizeibeamten vorgenommen, was darauf schließen läßt, daß das Direktorium den Eindruck auf die Öffentlichkeit soweit wie möglich abzuwehren wünscht.

des Deutschlandliedes die inmitten des Bahnhofsvorplatzes aufgestellte Ehrenkompagnie des Reichswehrinfanterieregimentes 13 ab, auf deren linkem Flügel die Generalität der alten Armee Aufstellung genommen hatte. Während sich der Reichspräsident mit diesen Herren unterhielt, stellte sich die Ehrenkompagnie zum Paradezug auf, den der Reichspräsident, umgeben vom Staatspräsidenten, von den übrigen zum Empfang erschienenen Herren und der Generalität abnahm. Dann bestieg der Reichspräsident mit dem Staatspräsidenten einen offenen Kraftwagen und fuhr unter der Eskorte einer halben Schwadron württembergischer und einer halben Schwadron bayerischer Truppen des Reiterregimentes 18 zum Residenzschloß. Fahnen wehten von den Häusern und den Flaggenmasten und eine ungeheure Menschenmenge umsäumte die Straßen und bereitete dem Reichspräsidenten auf dem ganzen Wege mit jubelnden Hochrufen und Hütchen einen begeisterten Empfang. Im weiten Bercel des Residenzschlosses hatten eine Ehrenwache der Schutzpolizei sowie die farbentragen-